

»Dresden
braucht
bezahlbare und
bedarfsgerechte
Wohnungen«

Dr. Kris Kaufmann



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Juni 2019



Dresden
baut wieder
Wohnungen

Leuben: Städtische Wohnungsbaugesellschaft
feiert Richtfest an der Ulmenstraße » Seite 2

Drei Initiativen für bezahlbares Wohnen

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes bewegt viele Menschen. Vor einigen Wochen demonstrierten deutschlandweit zehntausende Mieterinnen und Mieter für bezahlbare Mieten. Viele Menschen sind angesichts stetig steigender Wohnkosten in Sorge. Bezahlbares Wohnen ist eine der wesentlichen sozialen Fragen unserer Zeit. Stadt und Staat müssen ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und dafür einstehen, dass für alle Mieterinnen und Mieter ausreichend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Den Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt mit deutlich steigenden Mieten muss Einhalt geboten werden. Deshalb hat DIE LINKE

in den vergangenen Monaten mehrere Initiativen dazu im Stadtrat gestartet. So wurde ein Antrag zur Einführung einer „Mietpreisbremse“ von der Fraktion gestellt und mit knapper Mehrheit vom Stadtrat beschlossen. Damit wurde der Oberbürgermeister beauftragt, sich bei der Sächsischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass endlich eine „Mietpreisbremse“ für die Stadt Dresden in Kraft gesetzt wird. Mit diesem Instrument wird die Miethöhe beim Abschluss neuer Mietverträge begrenzt. Die CDU-geführte Regierung war hier bislang tatenlos. Weiterhin hat DIE LINKE den Antrag „Mietpreise kappen! Neue Kappungsgrenzenverordnung für

die Landeshauptstadt Dresden in Kraft setzen!“ gestellt. Diese Initiative dient der Begrenzung der Wohnungsmieten in bestehenden Mietverhältnissen und wurde ebenfalls vom Stadtrat beschlossen. Zudem haben die Fraktionen von LINKEN, Grünen und SPD einen gemeinsamen Antrag in den Stadtrat eingebracht, mit dem der Zweckentfremdung von Wohnraum durch die dauerhafte Vermietung als Ferienwohnung entgegengewirkt werden soll. Auch dieser Antrag wurde beschlossen. Nun wird DIE LINKE kontrollieren, dass die gefassten Beschlüsse des Stadtrates auch ordnungsgemäß umgesetzt werden.

André Schollbach

JOHANNSTADT

Skater kämpfen für neue Plätze

Steffen Krones vom Skater-Verein 248Wheels e.V. beschrieb als Gastredner in der Sondersitzung des Stadtrats am 27. Mai, wie sinnvoll die Schaffung öffentlicher Skateanlagen in einer Stadt ist. Krones hatte mit vielen Enthusiasten auf der fast drei Jahrzehnte brachliegenden Fläche des Betonwerks in der Johannstadt eine vielgenutzte Skateanlage mitten im Altstädter Wohngebiet gestaltet. Im vergangenen Herbst wurde diese Skateanlage vom Besitzer dieser Brache in einer Nacht- und Nebelaktion zerstört. Daraufhin brachte unsere Fraktion einen Antrag auf den Weg, um für die vielen NutzerInnen der Johannstädter Skateanlage eine neue, zentral gelegene Skateanlage zu suchen. Die Grünen reichten später auch einen Prüfantrag ein, um Skateanlagen einzurichten.

» Seite 7

FERIENWOHNUNGEN

Wohnraum nicht zweckentfremden

Zu unserem Antrag, in Dresden die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verbieten, fand in der Sozialausschusssitzung im April eine Expert*innenanhörung statt. Gerade auf einem angespannten Mietmarkt wie in Dresden sollte vorhandener Wohnraum auch zum Wohnen genutzt werden und Wohnungen nicht grundlos leer stehen oder dauerhaft als Ferienwohnung an Tourist*innen vermietet werden. Um genau das zu verhindern, können Kommunen, nach Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen auf der Landesebene, ein sogenanntes Zweckentfremdungsverbot erlassen. Als erste Stadt führte München im Jahr 1972 ein solches Verbot ein, andere Städte wie Hamburg und Berlin folgten in den letzten Jahren.

In Berlin sind nach Angaben in der Expert*innenanhörung ca. 25.000 Wohnungen über Internetplattformen wie Airbnb dauerhaft als Ferienwohnung vermietet. Das ist problematisch, denn zum einen werden die Wohnungen dadurch den normalen Wohnungsmarkt für MieterInnen entzogen und zum anderen können durch Vermietungen an Feriengäste natürlich deutlich höhere Preise abgerufen werden, was insgesamt die Wohnungspreise in die Höhe treibt. Durch das Verbot konnten bisher 8.000 Wohnungen wieder dem normalen Mietmarkt zugeführt werden. Die in Berlin erlassene Zweckentfremdungsverbotssatzung sieht vor, dass die dauerhafte Vermietung von Wohnungen untersagt wird, ein einzelnes Zimmer oder für wenige Wochen im Jahr die ganze Wohnung an Feriengäste zu vermieten, bleibt hingegen möglich.

In München ist insbesondere zu beobachten, dass Mehrfamilienhäuser „leergezogen“ werden, um anschließend einzelne Eigentumswohnungen zu verkaufen. Denn ein voll vermietetes Haus verkauft sich deutlich schlechter, als ein leeres, können doch so mit wenigen Modernisierungen deutlich höhere Verkaufspreise aufgerufen werden. Durch das Zweckentfremdungsverbot soll das unterbunden werden, wenn eine Wohnung grundlos länger als drei Monate leer steht, werden hohe Strafzahlungen verhängt.

In Dresden geht die Verwaltung davon aus, dass etwa 1000 Wohnungen als Ferienwohnungen genutzt werden, von derzeit knapp 300 000 Wohnungen insgesamt. In seiner Sitzung am 7. Juni 2019 folgte der Dresdner Stadtrat dem Antrag von Rot-Grün-Rot und beschloss u.a. dass der OB beauftragt wird, sich bei der Sächsischen Staatsregierung für eine Zweckentfremdungsverbotsverordnung einzusetzen und darüberhinaus eruiert wird, in welchem Ausmaß in Dresden Wohnraum zweckentfremdet wird. Zudem sollen Kommunen Eingriffsmöglichkeiten bekommen, wenn Wohnraum lange Zeit leer steht und nicht vermietet wird.

Pia Barkow



Gemeinsam mit einer Kindergartengruppe aus der gegenüberliegenden Kita feierte die Wohnungsbaugesellschaft „WiD“ mit den Handwerkern, Stadträtinnen und Stadträten und geladenen Gästen den fertig gestellten Rohbau in der Ulmenstraße.

Richtfest in Leuben

In wenigen Monaten sind 22 Sozialwohnungen bezugsfertig, weitere Bauvorhaben sind in Planung.

Die Wohnungsbaugesellschaft Wohnen in Dresden GmbH & Co. KG (WiD) der Landeshauptstadt Dresden hat doppelten Grund zur Freude: Der erste WiD-Neubau trug am Montag, dem 3. Juni 2019, die Richtkrone und für vier weitere Bauvorhaben sind die Förderverträge unterzeichnet.

Der Bau des ersten WiD-Projekts an der Ulmenstraße 16 / Kleinzschachwitzer Straße 28 verläuft nach Plan. Der Rohbau ist abgeschlossen. In den vergangenen 14 Tagen wurde das Dach errichtet und der Innenausbau hat begonnen. WiD-Geschäftsführer und Bauherr Steffen Jäckel zeigt sich zufrieden: „Vom Maurer, Zimmermann und Klempner bis zum Tischler und Elektriker – die

Handwerker leisten eine gute Arbeit auf unserer Baustelle. Dass es sich hier um das erste kommunale Wohnungsbauprojekt in Dresden seit Jahrzehnten handelt, spornt alle zusätzlich an.“

Dr. Kris Kaufmann, Dresdens Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen und zugleich Aufsichtsratsvorsitzende der WiD, ergänzt: „Ich freue mich über diesen Fortschritt. Dieses Tempo müssen wir halten. Dresden braucht dringend mehr bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen.“ Bei dem Gebäude handelt es sich um den ersten kommunalen Neubau, der mit Mitteln des Förderprogramms gebundener Mietwohnraum vom Freistaat Sachsen gefördert wird. Die Fertigstellung wird

im vierten Quartal 2019 erwartet. Dann finden hier Menschen mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein in 22 Wohnungen ein neues Zuhause.

Aktuell baut die WiD auch am Standort Nickern 48 Wohnungen. Die nächsten Baustellen nimmt die WiD im Herbst 2019 in Angriff. Die Voraussetzungen sind geschaffen. Die Fördermittelverträge für vier weitere Wohnungsbaustandorte der WiD liegen vor. Die Bauleistungen können ausgeschrieben werden. An den Standorten Alemannenstraße, Lugaer Straße, Kipsdorfer Straße und Bulgakowstraße werden insgesamt 122 neue kommunale Wohnungen errichtet.

Dominik Heyn

VONOVIA

LINKE macht Druck

Schon Anfang 2019 reichte DIE LINKE. Fraktion einen Antrag ein, das Geschäftsgebaren des Wohnungskonzerns Vonovia zu kontrollieren, der im Februar 2019 beschlossen wurde. Der Oberbürgermeister wurde durch den Stadtrat beauftragt, eine vertiefte Überprüfung des Geschäftsgebarens der Vonovia zu veranlassen und insbesondere zu prüfen, ob und inwieweit systematisch Betriebskosten überhöht abgerechnet sowie Mieterhöhungen rechtswidrig vorgenommen wurden, etwa durch die unzutreffende Wohnlageneinstufung. Doch bisher blieb der Oberbürgermeister untätig.

Als besondere Unterstützung für die Mieterinnen und Mieter hat die Fraktion DIE LINKE ein selbstverständlich kostenloses Musteranschreiben an den Oberbürgermeister erstellt, das je nach Einzelfall ergänzt werden kann und dem die jeweiligen Dokumente nur noch beigelegt werden müssen. Dieses Musteranschreiben kann durch die Mieterinnen und Mieter unkompliziert unter

www.linke-fraktion-dresden.de heruntergeladen werden.

(Redaktion)



Sozialer Wohnungsbau

Stadtrat beschließt kooperative Baulandentwicklung mit 30 Prozent Sozialwohnungen



In vielen westdeutschen Großstädten gibt es bereits eine verbindliche Quote bei Wohnungsbauvorhaben in Plangebieten.

Nachdem der Stadtrat einen Grundsatbeschluss für die Entwicklung eines Modells der „kooperativen Baulandentwicklung“ verabschiedet hatte, stand in der letzten Ratssitzung das fertige Konzept zur Abstimmung. Dieses Modell beruht auf dem Baugesetzbuch und erlaubt der Stadt, den kalkulatorischen Wertzuwachsen eines Grundstückes im Zuge der Bauleitplanung vom Grünland zum Bauland zum Teil abzuschöpfen. Der Gedanke ist dabei, dass privatwirtschaftliches Engagement bei der Errichtung von Wohnungen und damit dem Zuzug von Menschen der Stadt einen Mehraufwand beschert, den die Stadtkasse zu tragen hat. Denn die Öffentlichkeit muss sich um Folgeinvestitionen kümmern, angefangen von der Kita über die Schule bis zur Straße und zur öffentlichen Grünanlage. Berlin und Leipzig verfügen bereits über solche Konzepte und wenden sie erfolgreich an.

Wertzuwachs durch anteilig Sozialwohnungen abgeleiten

Charmant ist dabei, dass die Folgekosten oder die teilweise Gewinnabschöpfung nicht durch bare Münze, sondern vorzugsweise durch die anteilige Errichtung von Sozialwohnungen abgegolten werden kann. So entsteht nicht nur erschwinglicher Wohnraum für Bedürf-

tige, sondern gleichzeitig wird die Entwicklung von abgeschotteten „Reichenvierteln“ vermieden, der auf der anderen Seite zunehmend „Armenviertel“ gegenüberstehen würden. Das Konzept verhindert also, dass Bauträger nur die Sahne vom Markt abschöpfen, und sichert, dass die Privatwirtschaft auch für den kleinen Geldbeutel tätig werden muss. Erwartungsgemäß traten dem die Interessenvertreter entgegen. Eine Dreißigprozentquote bei Sozialwohnungen ginge überhaupt nicht, wenn schon, dann fünfzehn Prozent.

CDU verzockt sich

Die CDU-Fraktion nahm sich dieses Vorschlags an und formulierte einen Änderungsvorschlag, welcher im Ergebnis die Situation der Stadt in der Bauleitplanung selbst im Vergleich mit dem gegenwärtigen Stand ohne Konzept verschlechtert hätte. Gespräche zu einem Kompromiss - in einer Verhandlungssituation trifft man sich immer zwischen der höchsten und der niedrigsten Forderung in der Mitte, Kompromiss benannt - verliefen im Sande. Die CDU schien sich ihrer Sache sicher.

Aber es kam anders. Nicht durch die Zustimmung der NPD-Räte und des Oberbürgermeisters, vielmehr durch fehlende Gegenstimmen vor allem von notorisch abwesenden AfD-Räten hatte

die Ursprungsvorlage mit einem Sozialwohnungsanteil von dreißig Prozent eine Mehrheit und lief unverändert durch den Rat. Hätte die Mehrheit am Abend anders ausgesehen, hätte man noch einmal verhandeln müssen, da ein Scheitern des Modells hätte auf jeden Fall verhindert werden müssen.

Private Bauträger können Förderprogramm ausnutzen

Angst vor einer Überlastung der Privatwirtschaft muss trotzdem niemand haben. Denn vorgeschaltet ist eine Angemessenheitsprüfung, welche eine Überkompensation von Wertzuwachsen der Grundstücke auffängt. Außerdem winken möglicherweise mit einem verlängerten Förderprogramm auch weitere öffentliche Zuschüsse für den Bau von Sozialwohnungen.

Der Kommentierung des Beschlusses durch einen Dresdner Baulöwen: „Man soll die Kuh nicht schlachten, die man melken will.“ mag ich abschließend deshalb mit Karl Schiller ebenfalls mit einem landwirtschaftlichen Vergleich antworten: „Man kann die Pferde nur zur Tränke führen, saufen müssen sie von alleine.“

Tilo Wirtz

LEITBILD

Wildwuchs von Hochhäusern verhindern

Punktweise abgestimmt und beschlossen wurde in der Stadtratssitzung am 6. Juni der interfraktionelle Antrag von Rot-Grün-Rot für eine Hochhausentwicklung in Dresden ein Leitbild zu entwickeln. Mit dem Leitbild wird ein Kriterienkatalog festgelegt, das Stadtplanern wie auch Bauherren Planungssicherheit für künftige Bauprojekte gewährleisten soll.



WOHNKONZEPT

Damit Wohnen bezahlbar bleibt

Nach langer Debatte wurde am 6. Juni in der Stadtratssitzung das Wohnkonzept der Landeshauptstadt Dresden beschlossen. Die CDU hatte zur Vorlage der Verwaltung noch einen Änderungsantrag erarbeitet, dieser wurde punktweise abgelehnt. Das Wohnkonzept ist ein Strategie- und Handlungskonzept, das zu einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung in Dresden beitragen soll. Es wurde erstmals vorgelegt von Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann und ist das Ergebnis eines jahrelangen transparenten und diskursiven Prozesses mit Symposien und Expertisen. Dr. Kris Kaufmann: „Dabei geht es unter anderem um die Wohnraumversorgung für Haushalte mit geringem Einkommen, Familien, ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen. Das Konzept ist so ausgelegt, dass es bei Bedarf angepasst und durch weitere Instrumente ergänzt werden kann.“

Maximilian Kretzschmar



Sächsische und preußische Truppen beim Angriff auf die Barrikaden am Neumarkt (Ölgemälde, Stadtmuseum Dresden)
Foto: wikipedia.org / CC BY-SA 4.0

Erinnerungskultur

Erinnert wurde am 9. Mai an den Dresdner Maiaufstand vor 170 Jahren

Der Dresdner Maiaufstand vom 3. bis zum 9. Mai 1849 jährte sich dieser Tage zum 170. Male. Dieser letzte Versuch, die politischen Ergebnisse der Revolution von 1848/49 in Sachsen zu sichern, führte zu einem offenen Bürgerkrieg auf den Straßen. Auch der verzweifelte Versuch aus dem Zeughaus Waffen und Munition zu erlangen, um mit militärischen Mitteln die ungleiche Machtprobe auszutragen, bewirkten die vordringenden Arbeiter, Handwerksgehlen und Bürger, unterstützt von der bewaffneten Turner-

»An vielen Orten und in vielen Sprachen erscholl damals der Ruf nach Partizipation, nach Grundrechten, nach Freiheit.«
Roman Herzog, 1998

waffenschar, dass die Regierungstruppen mit acht Kompanien des in Dresden stationierten ersten Infanterie-Regiments »Prinz Albert« am 3. Mai in Stellung gingen, um nicht nur das Dresdener Schloss abzusichern.

Weitere drei Kompanien desselben Regiments sowie 60 Mann Fuß-Artillerie mit vier Geschützen, insgesamt rund 350 Mann positionierten sich gezielt im Zeughaus. Genauso wurde die Neustädter Hauptwache von Artillerie-Mannschaften besetzt.

Der Kommandant der Besatzung am Zeughaus ließ Artillerie- und Geschützfeuer eröffnen, als das Zeughaus von den Massen gestürmt wurde. Trotz der zum Massenmord gezielt aufgestellten Geschütze begann die allgemeine Erhebung, aber auch das ungeheure ungleiche Gemetzel. Innerhalb kürzester Zeit entstanden 108 Barrikaden in der Dresdener Innenstadt. Die vorrückenden sächsischen und preußischen Truppen warfen bis zum 9. Mai mit größter Härte und Brutalität den Aufstand nieder.

Am 9. Mai 2019 erinnerten über 50 Dresdener am Massengrab für die Gefallenen anlässlich des 170. Jahrestages des Dresdener Maiaufstandes 1849 auf dem Alten Annenfriedhof an der Chemnitzstraße. Bereits 20 Jahre nach dem Massaker durch das Militär fasste der Dresdner Stadtrat den Beschluss, die Grabpflege zu übernehmen. Rund 70 Jahre später wurde durch Stadtratsbeschluss ein Obelisk zu Ehren der Gefallenen des Maiaufstandes 1849 errichtet. Nun nach 170 Jahren fand zum ersten Mal eine wahrhafte Gedenkstunde am Massengrab für die Gefallenen statt.

In der Folge dieser Ereignisse haben rund 5 Millionen Menschen ihre Heimatländer im Deutschen Bund verlassen müssen. Gezwungen durch fortwährende Kriege, Hungersnöte, politische Missstände und soziale Perspektivlosigkeit mussten Menschen ihre Heimat im deutschen Sprachraum verlassen. Die europäischen Bevölkerungsverluste durch Auswanderung und Flucht waren 50 Jahre lang enorm.

Nun nach 170 Jahren ist der Entschluss gereift, dass Besucherinnen und Besucher alljährlich der Gedenkstunde am Massengrab für die Gefallenen des Dresdener Maiaufstandes beiwohnen werden.

Jürgen Stäbener



Auf den Barrikaden in Dresden, Historisches Museum Dresden,
Foto: Sächsische Landesbibliothek Abt. Deutsche Fotothek; Dresden

LEUTE

Berühmte Revoluzzer

Gottfried Semper gehörte zu den Barrikadenkämpfern des Aufstands: Auf dem Neumarkt hatte der Dresdner Baumeister sogar eine Barrikade entworfen. Gemeinsam mit seinem Freund Richard Wagner war Semper überzeugter Republikaner und nahm mit ihm und August Röckel an der allgemeinen Volksbewaffnung ab April 1849 teil. Semper wurde der Scharfschützenkompanie zugeordnet, welche die Hauptbarrikade in der Wilsdruffer Gasse verteidigen sollte. Aufgrund des schlechten Zustands konzipierte der Baumeister eine fachgerechte Barrikade, die zugleich Vorbild für weitere Barrikaden im Maiaufstand wurde. Gottfried Semper und Richard Wagner kämpften an vorderster Front während des Aufstands, den sie als Kampf um republikanische Bürgerrechte gegen die Obrigkeit verstanden. Nach Niederschlagung des Aufstands mussten die steckbrieflich gesuchten Revolutionäre aus dem Land Sachsen fliehen.

Maximilian Kretschmar

EUROPA

Einheit herstellen!

Der Präsident der Europäischen Linken, MdB Gregor Gysi erklärt: Die linken und weiteren progressiven Kräfte Europas kennen die komplizierte, zum Teil zu begrüßende, zum Teil aber auch zu verurteilende eigene Geschichte. Da sie aus unterschiedlichen Ländern kommen, verschiedenen Nationalitäten angehören, unterscheidet sich auch ihre Geschichte. Schon das ist nicht einfach. Das gilt ebenso für unterschiedliche Herangehensweisen, Politikvorschläge und Vorstellungen, wie man Strukturen aufbaut. Unsere Realitäten können wir nicht ändern, sollten es auch nicht versuchen. Aber es gibt so viele übereinstimmende Vorstellungen und Ziele, dass wir eine Einheit trotz unserer Differenzen herstellen können und wohl auch müssen.



Einige gemeinsame Punkte:

Für Frieden und Abrüstung - gegen Kriege und Aufrüstung.

Für vollständige soziale Gerechtigkeit, ohne Hunger, Elend und Not - gegen völlig überzogenen, ungeheuerlichen Reichtum durch den Kapitalismus.

Für ökologische Nachhaltigkeit - gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.

Für einen Ausbau der Volksdemokratie - gegen Unterdrückung, Ausbeutung, die Allmacht der großen Konzerne und Banken, gegen Korruption.

Für den Ausbau sozialer Grundversicherungen und umfassende Arbeitsrechte der Beschäftigten - gegen eine alleinige Herrschaft der Unternehmen, gegen Austerität, Neoliberalismus und Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Für Chancengleichheit und Emanzipation aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe, sexueller Orientierung auf allen Gebieten, insbesondere auch beim Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur - gegen alle Formen sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung. Gegen die wachsende Schere zwischen dem Norden und dem Süden, dem Westen und dem Osten, großen Städten und kleinen Dörfern, zwischen Reich und Arm.

Für die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen auf allen Ebenen.

Wir glauben fest daran, dass wenn wir uns auf diese Gemeinsamkeiten auf unserem Kontinent besinnen, wir immer mehr Menschen in Europa erreichen und unserer Pflicht nachkommen können, das dringend notwendige Gegenüber zur neoliberalen Politik und zum nationalistischen Egoismus und Rechtsextremismus zu werden.

In Kürze werde ich verschiedene Persönlichkeiten zu einem Gesprächstreffen zu diesem Thema einladen.

Kehrtwende mehr als überfällig

Die Würde des Menschen ist unantastbar: Fünf Punkte hin zu einer humanistischen Politik in Europa.



Foto aus dem Archiv: Alle Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat solidarisieren sich mit den engagierten SeenetretterInnen, so natürlich auch der Dresdner Mission Lifeline

„Mutter aller Probleme ist die Migration“ hatte der deutsche Innenminister Horst Seehofer Anfang September 2018 behauptet und so die rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz verteidigt. Natürlich ist der Satz falsch, denn Flucht und Migration sind, wenn überhaupt, die Folge von schwerwiegenden „Problemen“, von Krieg, Folter, Hunger oder Klimawandel, und nicht ihre Ursache.

An Seehofers Aussage ist gut erkennbar, wie sehr die politische Auseinandersetzung heutzutage verroht ist und wie menschenfeindlich die Aussagen geworden sind. Dort sind nicht Menschen und ihre Wünsche, Sorgen und Nöte das Ziel der Politik, sondern die Machtinteressen von autoritärer werdenden Staaten und immer mächtigeren multinationalen Firmen.

Diesem Trend müssen wir uns auf allen Ebenen und auf allen Feldern entgegenstellen, ob wir über Asylpolitik reden oder über Überwachung, Datenschutz, Freihandel oder den Dieselskandal, und egal ob wir dies im Europaparlament, im Bundes- oder Landtag oder im Stadtrat machen. In der Migrations- und Asylpolitik der EU ist eine Kehrtwende mehr als überfällig. Eine Asylpolitik, die der EU

würdig wäre, müsste sich an den Grundrechten der EU und ihrer Mitgliedstaaten ausrichten - und in der Grundrechtecharta wie im Grundgesetz beginnen diese mit der Würde des Menschen, die unantastbar ist.

Mit nur fünf Punkten ließe sich die Politik vollständig ändern. Dazu müssten wir erstens die Seenetretter im Mittelmeer wieder einrichten und Salvini Blockaden als das bezeichnen, was sie sind: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zweitens müssen wir die Hotspots, wie in Moria auf Lesbos, wieder abbauen und die Geflüchteten, die in der EU ankommen, so schnell wie möglich an andere Orte in der EU bringen, die deren Wünschen entsprechen und an denen sie unter würdigen Umständen willkommen geheißen werden können.

Drittens brauchen wir dringend humanitäre Visa, die eine legale und damit sichere Einreise in die EU erlauben und den libyschen Schmugglern einen großen Teil des Geschäfts entziehen.

Viertens benötigen wir Regelungen auf europäischer Ebene, die legale Migration vollumfänglich ermöglichen und regeln.

Fünftens brauchen wir Investitionen in öffentliche Infrastruktur

und Dienstleistungen, um den Neuanrückenden einen guten Start in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zugleich die Lebensqualität für alle zu erhöhen. Damit die Mittel auch dort ankommen wo sie benötigt werden, schlagen wir ein Anreiz-Modell für den Sozialfonds und die Regionalfonds vor: EU-Staaten, die mehr Menschen aufnehmen, sollen mehr aus den Töpfen abbekommen.

Diese Fragen werden in Brüssel entschieden, genauso viel wie in Berlin, Paris oder Kopenhagen. Wer die Dinge heute verändern will, muss dies daher in Brüssel tun, genauso wie in Bratislava oder Lissabon.

Wenn wir wollen, dass nicht immer mehr Menschen die Politik abschreiben und jedem verrückten Versprechen nachlaufen, dann müssen wir dafür sorgen, dass wieder mehr die Menschen, und nicht die Profite oder die Staatsräson im Mittelpunkt stehen. Wir wollen, dass sich auch die Politik der EU an der Bevölkerung orientiert. Wir wollen die EU den Menschen zurückgeben.

Dr. Cornelia Ernst

SKI-WELTCUP Eilvorlage war illegal

Im Dezember 2016 wollte Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) per Eilvorlage einen Grundsatzbeschluss des Dresdner Stadtrates zur jährlichen Durchführung des „Ski-Weltcups“ ab 2018 herbeiführen. Für dieses Event mit tonnenweise Kunstschnee an den Dresdner Elbwiesen wollte er im Schweinsgalopp 300.000 Euro an Steuergeldern aus der Stadtkasse bereitstellen lassen. Dazu missachtete er sogar die für den Stadtrat und dessen Ausschüsse geltende Frist von sechs Tagen für die Übersendung der Tagesordnung sowie der für die Beratung erforderlichen Unterlagen. Den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften übersandte er sowohl die o. g. Vorlage als auch die Erweiterung der Tagesordnung unter Verletzung der in der Sächsischen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung des Stadtrates festgelegten Frist.

LINKE-Stadtrat Norbert Engemaier klagte und bekam nun Recht durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden.



Norbert Engemaier

Engemaier: „Öffentliches Geld ist nicht dafür bestimmt, um es für Kunstschnee am Elbufer zu verpulvern. Dass sich der Oberbürgermeister sogar über Recht und Gesetz hinwegsetzte um dieses Event durch den Stadtrat zu peitschen, ist nicht bloß schlechter Stil, sondern beschädigt das Ansehen unserer Stadt. Bemerkenswert ist zudem, dass neben CDU, FDP und AfD sogar Teile der GRÜNEN dieses Vorgehen von Herrn Hilbert nicht nur unwidersprochen hinnahmen, sondern sogar für den ‚Ski-Weltcup‘ mit Kunstschnee am Elbufer stimmten.“

(Redaktion)



Das Siegel für Fairen Handel



Dresden sollte seiner Rolle als Fairtrade-Town gerechter werden. Bei öffentlichen Beschaffungen müssen **andere als nur monetäre Kriterien** gelten, denn was für uns billig ist, kann aus **ausbeuterischer Arbeit** oder sogar **Kinderarbeit** stammen. Das darf uns nicht egal sein!

LINKE-Stadträtin Kerstin Wagner

FAIRTRADE

Abgelehnt

Sehr enttäuschend war die Abstimmung des Dresdner Stadtrats zur Antragsinitiative der LINKEN und der Grünen zum Masterplan Fairtrade, der endlich kurz vor Pfingsten auf der Tagesordnung stand. Durch die Enthaltungen der SPD-Fraktion und die Nein-Stimmen der CDU wurde dieser Antrag abgelehnt, obwohl zuvor die Ergänzungsvorschläge der CDU in den Antrag übernommen wurden.

Kurz zusammengefasst geht es darum, dass bei öffentlichen Beschaffungen, öffentlichen Anlässen und in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen schrittweise auf nachweislich ökologisch nachhaltige, die Regionalwirtschaft fördernde und global sozial verantwortliche Produkte umgestellt werden kann, dass bis zum Jahr 2025 rund 70 Prozent der öffentlichen Beschaffung aus nachhaltiger Produktion stammt.

Maximilian Kretzschmar

Vorbild sein für gute Arbeit

Geprüft wird außerdem, ob outgesourcte Dienstleistungen wie Wachschatz und Reinigung wieder tarifgebunden eingegliedert werden.

Rot-Grün-Rot reichte einen interfraktionellen Antrag ein, der die Praxis sachgrundloser Befristungen in der Stadtverwaltung mit sofortiger Wirkung beenden soll. Warum, liegt auf der Hand: Die Landeshauptstadt soll als Arbeitgeber als gutes Beispiel ein Vorbild für gute Arbeit mit Perspektiven und mit guten Rahmenbedingungen sein. MitarbeiterInnen brauchen planbare Zukunft und keine prekären und unsicheren Bedingungen. Dafür eignen sich am besten tarifgebundene, unbefristete Stellenausschreibungen.

DIE LINKE-Stadtrat Norbert Engemaier:

„Sachgrundlose Befristungen bergen für die Betroffenen eine große Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft. Als Landeshauptstadt steht es uns nicht gut zu Gesicht, ohne arbeitsrechtlich geltenden Sachgrund Beschäftigten auf diese Weise ihre Lebensplanung zu erschweren. Der Stadtrat ist der Souverän über den städtischen Stellenplan. Wir von der Fraktion DIE LINKE wollen, dass in diesem Stellenplan zukünftig keine solche Benachteiligung von Beschäftigten vorkommt. Dieses Vorgehen stärkt auch das Vertrauen in die Stadt als Arbeitgeber.“

Darüberhinaus sollen in der Vergangenheit outgesourcte Dienstleistungen wie Wachschatz und Reinigungsservice geprüft werden, inwiefern sie zukünftig wieder in tarifgebundene Angestelltenverhältnisse bei der Landeshauptstadt überführt werden können. Hier wurde eine redaktionelle Änderung eingefügt: Die Friständerung im Punkt 2 wurde auf den 31.12.2019 festgelegt.

Der Stadtrat hat diesen Antrag punktweise abgestimmt und beschlossen!

Maximilian Kretzschmar

STRASSENKUNST

Rot-Grün-Rot verhinderte Eingriff in Kunsthfreiheit

Eine Verschärfung der Straßenkunst-Satzung und einen Eingriff in die Kunstfreiheit konnten die Fraktionen von LINKE, SPD und Grünen mit knapper Mehrheit verhindern. StraßenmusikerInnen sollte die Benutzung von Verstärkern verboten werden. Straßenmusiker Georg Grässler als Gastredner schilderte sehr überzeugend, dass damit vor allem die professionellen MusikerInnen behindert werden, denn diese nutzen beispielsweise bei Saiteninstrumenten Verstärker im Gegensatz zu Blasinstrumenten.

Das ist durchaus auch ein existenzielles Problem für MusikerInnen, die in prekären Verhältnissen leben.



Skater kämpfen für neue Plätze in der Stadt

Mit dem Abriss der Skate-Anlage an der Gerokstraße verschwand ein wichtiger soziokultureller Treffpunkt für Skater, Jugendliche und Kinder.

Seit November 2018 gibt es das Skatengelände in der Nähe der Trinitatiskirche nicht mehr. Damit verschwand ein Freiraum, den sich Skater, BMXer und andere Freizeittroller gemeinsam mit Sprayern gestaltet hatten. Eine eingeschlossene, engagierte Gemeinschaft verlor ihren Treff in der Johannstadt. Am Montag, dem 27. Mai 2019 fasste der Stadtrat nahezu einstimmig den Beschluss, nach einem neuen Gelände für diese Gruppe zu suchen und auch das Gelände unter dem Brückenkopf der Waldschlösschenbrücke für eine Gestaltung zum Skaten zu nutzen. Auch soll nun geprüft werden, wo in Dresden eine Halle zum Skaten und BMXen ausgebaut werden kann. Das hat uns sehr gefreut, haben doch die Fraktionen der LINKEN diesen Antrag zum Schluss gemeinsam eingebracht. Fast parallel dazu entstand ein Projekt, die Skatehalle an der Lohrmannstraße für mehr Kinder und Jugendliche nutzbar zu machen. Bisher wurde, wie in vielen Vereinen, alles ehrenamtlich gestemmt. Für dieses Projekt soll eine kleine Stelle geschaffen werden. Dafür wurde an das Stadtbezirksamt ein Antrag auf Finanzierung gestellt. Da in diesem Bereich auch die Verwaltung noch keine Erfahrung hat, war der Prozess der Antragstellung kompliziert. Allerdings hatten wir auch das Gefühl, dass das Projekt dem Stadtbezirksamtsleiter, Herrn Lämmerhirt, und seinem für diesen Bereich zuständigen Mitarbeiter, Herrn Becker, nicht sonderlich sympathisch war. Es wurde formuliert und umformuliert und der Antrag schließlich eingereicht. In der nächsten Beratung des Stadtbezirksrates soll der Antrag auf der Tagesordnung stehen und wir hoffen natürlich auf einen positiven Bescheid. Im Folgenden stellt sich der Verein selbst vor.

History of 248 Wheels e.V.

Es war einmal ... ja auch so könnte die Geschichte des 248 Wheels e.V. beginnen. Wir schreiben das Jahr 1999. Eine Gruppe von Jugendlichen ist begeistert und voller Engagement mit ihren Skateboards / Inlinern und BMX Rädern in Dresden und Umgebung unterwegs. Auch in dieser Zeit wechseln sich wie schon seit Jahrhunderten Winter und Sommer schön regelmäßig ab. Da diese Sportarten in der warmen Jahreszeit viel mehr Möglichkeiten im normalen städtischen Umfeld finden, ist es umso schwieriger zur kalten Jahreszeit auch dann seinem Hobby nachzugehen.



Nach der Zerstörung der Skate-Anlage auf der Brache des ehemaligen Betonwerks in der Johannstadt folgte die würdevolle Beisetzung im Januar 2019 durch Skate-Freunde und LINKE-Stadträtin Rica Gottwald

Und so entstand eher aus Abenteuer und Initiative eine kleine Möglichkeit in Dresden / Prohlis in einer alten Industriebrache diesem Abhilfe zu geben. Schließlich wurde am 01.10.2000 unser Verein gegründet. Eine nächste Hürde war genommen. Die Gruppe setzte sich zu dieser Zeit aus fast allen aktuellen Sportarten wie Skateboarding / Inline / BMX und klassische Rollerblades zusammen. Nun wurde die Skatehalle Dresden als fester Punkt für Alle stetig auf und ausgebaut. Es wurde mit Hilfe einer Finanzierung durch die damalige WOBA GmbH und verschiedenen Kleinunternehmen eine professionelle und anspruchsvolle Skatehalle geschaffen. Think Global / Doing Local. Zwischen

den Jahren 2002 - 2008 kamen viele, die in ihrem Sport mehr als nur eine Phase in ihrem Leben sahen. Es gab viele Contests und Jamsessions sowie die ein oder anderen Talente wie z. B. Tobias Wicke, Alexander Teschner, Tom Kleinschmidt usw. Viele haben bei uns ihre ersten Versuche gemacht und sind heute teilweise durchaus Profis in ihrem Bereich geworden.

Down under

Aber auch nach einem Hoch kommt wieder ein Tief und so war es irgendwann an der Zeit, dass einige Personen sich beruflich veränderten oder es doch andere Prioritäten in ihrem Leben gab.

2009 stand der Verein fast vor dem AUS. Nur ein paar wenige bemühten sich noch um den Erhalt der Skatehalle und damit auch um den Verein. Wir brauchten „Frischen Wind“ und kompetente Partnerinnen und Partner. Ein Partner kam aus der Sozialarbeit und auch neue Mitglieder konnten gefunden werden. 2011 war endlich eine Lösung zum Erhalt der Skatehalle und gleichzeitig zum Fortbestehen des Vereines gefunden. Erste Contests und große Events wurden umgesetzt wie beispielsweise



der Saxride Cup oder der 1. Longboardjam Sachsens sowie die Locals Only Competition. Im Jetzt und Heute sind wir wieder auf dem Weg der Innovation. Es gibt viele Sachen, die wir gerne umsetzen wollen. Von Workshops bis zu Umbauten oder eine größere Skatehalle. Es sind neue Sportarten hinzugekommen und andere Projekte haben sich uns angeschlossen. Alles ist drin und wieder möglich. Wir haben weitere Partner gefunden und - nach fast 12 Jahren - investiert auch die Stadt Dresden in die Szene. Wir erhalten Unterstützung für die Hallenmiete. Wir bleiben optimistisch, denn wir treiben einen coolen Sport und bieten vielen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, es uns gleich zu tun.

Dr. Margot Gaitzsch

Der Stadtrat folgte dem Antrag von DIE LINKE und den Grünen

den Bebauungsplan des Grundstücks an der Gerokstraße so fortzuschreiben, dass eine Skate-Anlage entstehen kann. Wenn das nicht möglich ist, soll geprüft werden, wo Ersatz gefunden werden kann.



Freiheit kann man nicht kaufen...

Katja Kipping & Barbara Thalheim in der Schauburg

„Man singt ja als Sängerin nicht nur für das Publikum, sondern vor allen Dingen, um sich selbst die Welt zu erklären.“ So gab Barbara Thalheim es einmal zu Protokoll.

1. Mai, Abends im Dresdner Kino Schauburg. Gut einhundert Leute sind gekommen, um einen nicht ganz gewöhnlichen Abend zu erleben. Barbara Thalheim, Sängerin, Komponistin und kritische Beobachterin der Gesellschaft war mit ihrer Band zu Gast, eingeladen von Katja Kipping. Es sollte kein reines Konzert werden, denn die beiden Frauen verbindet ihre politische Sicht auf die Welt.

Und so kam es nach zwei Liedern zu einem Gespräch auf der Bühne, über Vergangenes, Gegenwärtiges, den Umgang der Menschen miteinander, über

Träume und Ernüchterung. Barbara Thalheim ist die Tochter eines emigrierten deutschen Kommunisten, der nach seiner Auslieferung an die Gestapo ins KZ Dachau gesperrt wurde - und überlebte. Ihre antifaschistische Haltung hat also ein sehr festes Fundament.

Es war eine Mischung aus Enttäuschung, Ratlosigkeit und Kampfeswillen, welche aus der nunmehr 70 Jahre alte Sängerin und Musikerin sprach. Enttäuschung über den vergeigten Sozialismusversuch, der an Arroganz seiner Protagonisten, wie auch an übermächtiger Gegnerschaft gleichzeitig scheiterte. Ratlosigkeit über die Entwicklung der letzten 30 Jahre im Osten Deutschlands und der unbedingte Wille, dem etwas entgegenzusetzen. Für sie auf musikalische Weise.

»Freiheit ist nicht haben, sondern sein«

„Freiheit kann man nicht kaufen - Freiheit ist nicht haben, sondern sein“ singt sie in einem ihrer Lieder an diesem Abend und bringt damit auf den Punkt, was der Neoliberalismus aus dem Freiheitsbegriff gemacht hat. Begleitet von einer wunderbaren Band sang sie sich in die Herzen des Publikums, welches sie nicht ohne Zugaben von der Bühne gehen ließ.

Uwe Schaarschmidt

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresder Stadtrat

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

V.i.S.d.P.: Thomas Feske

Gestaltung und Satz:

Ostsüdost
Bildnachweise, wenn nicht
gesondert vermerkt: Archiv, pixelio,
iStockphoto, pixabay, Maximilian
Kretzschmar

Kontakt:

Linksblatt@web.de

Redaktionsschluss: 07.06.2019

Die nächste Ausgabe erscheint
voraussichtlich im September 2019

GARNISONSFRIEDHOF

Endlich städtisch

Große Freude bei Gisela Wedekind zur Entscheidung des Dresdner Stadtrats, endlich die Pflege des sowjetischen Garnisonsfriedhofs in der Neustadt in städtische Obhut zu überführen. Seit vielen Jahren kümmern sich die ehrenamtlichen HelferInnen des DenkmalFort! Die Erinnerungswerkstatt Dresden e.V. um die Grabstellen, die an die Befreiung Hitlerdeutschlands am 8. Mai 1945 erinnern. Zuvor war der Friedhof im Eigentum des Landes Sachsen (SIB), das die Pflege der Grabstellen vernachlässigte.

Foto: Gisela Wedekind kämpft seit vielen Jahren für eine bessere Erinnerungskultur im Bezug auf die Pflege der sowjetischen Grabmale

